Der SPD-Bundesparteitag möge beschließen:

Durchführung einer
Mitgliederbestandsanalyse

Der Parteivorstand erhebt mithilfe einer Studie, welche Berufe zu welchem Prozentsatz innerhalb der SPD-Mitgliederbasis präsent sind. Diese Studie wird durchgeführt durch die Hauptamtlichen in der Fläche.

Im Rahmen der Bestandsanalyse werden ebenfalls Interessen, Spezialwissen und Zeitbudgets der Mitgliederbasis abgefragt, so dass auf das Wissen in späteren Projekten zugegriffen werden kann.

Begründung:

In den relevanten Entscheidungsgremien der SPD sind insbesondere AkademikerInnen überrepräsentiert. Die SPD aber ist eine Volkspartei, die alle Bevölkerungs- und Berufsgruppen repräsentiert. Um die Interessen der Parteibasis bestmöglich vertreten zu können, möchten wir, dass die Partei langfristig nicht durch akademisch, juristisch geprägte Berufsgruppen dominiert wird, sondern sich die Vielfalt der Berufswelt in der Partei besser widerspiegelt. Dies ist notwendig, um die Lebensrealitäten einer Gesellschaft im Wandel bestmöglich abzubilden. Angestrebt wird, dass die Mitgliederstruktur sich auch langfristig in den Entscheidungsgremien widerspiegelt.

Für eine Organisation ist es unabdingbar zu wissen und zu verstehen, welche Fähigkeit und Spezialwissen innerhalb der Mitgliederbasis vorhanden sind, um deren Wissen und Netzwerke für die Umsetzung von Projekten einsetzen zu können. Mit diesem Wissen kann eine gezielte Ansprache für die Mitarbeit in den Foren der Partei erfolgen.